



Bern, 20. Februar 2014

Unternehmen müssen USR III selbst finanzieren

Die SP-Fraktion hat heute eine ausführliche Studie zu den finanziellen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III (USR III) vorgestellt. „Das Verlustpotenzial für die öffentliche Hand ist mit der USR III sehr gross. Eine allgemeine Senkung der Gewinnsteuer auf 13 Prozent würde die Kantone mit über 2.5 Milliarden Franken jährlich belasten“, warnte SP-Nationalrat und Fraktionsvizepräsident Roger Nordmann vor den Medien. Für die SP steht deshalb fest, dass allfällige Steuerausfälle durch die Unternehmen selbst kompensiert werden müssen. Gleichzeitig darf die USR III den ruinösen Steuerwettbewerb und die Entsolidarisierung unter den Kantonen nicht noch weiter befeuern.

Die Beratungsbüros B,S,S. und Mundi Consulting untersuchten im Auftrag der SP-Bundeshausfraktion verschiedene Szenarien im Zusammenhang mit der anstehenden USR III. Im Zentrum stand die Frage, wie sich die geplante Aufhebung der Steuerprivilegien für Statusgesellschaften auf das Steueraufkommen von Bund und Kantonen auswirkt. Mit dieser soliden Basis sollen Fehlkalkulationen und Milliardenverluste, wie sie im Nachgang der missglückten USR II, ans Licht kamen, verhindert werden.

Klar ist: Das Schadenspotenzial geht auch bei der USR III in die Milliarden, insbesondere wenn die Reform als Vorwand für eine generelle Senkung der Gewinnsteuer verwendet wird. Die heute präsentierten Zahlen zeigen jedoch unmissverständlich, dass solche Überlegungen unweigerlich Milliardenverluste insbesondere bei den Kantonen nach sich ziehen würden und entsprechend politisch zum Scheitern verurteilt sind. Vielmehr sollten die Kantone die Chance packen, mit der Abschaffung der Privilegien und Sonderregeln ihre Steuereinnahmen zu optimieren.

Für die SP zentral ist die Forderung, dass sämtliche Steuerausfälle durch die Unternehmen oder deren Eigentümer selbst gegenfinanziert werden müssen. Weiter dürfen mit der USR III keine neuen Privilegien und Schlupflöcher geschaffen werden. Und schliesslich markiert die überfällige Aufhebung des Sonderstatus auch das Ende des aggressiven Standortwettbewerbs, der ja auch vor dem Volk nicht mehr mehrheitsfähig ist, wie die Abstimmung vom 9. Februar gezeigt hat.

Weitere Auskünfte:

- **Roger Nordmann**, Nationalrat VD, Vizepräsident der SP-Fraktion, 079 290 06 74
- **Barbara Gysi**, Nationalrätin SG, Vizepräsidentin der SP Schweiz, 079 708 52 34
- **Susanne Leutenegger Oberholzer**, Nationalrätin BL, 079 673 01 03
- **Dr. Michael Morlok**, Projektleiter und Mitglied Geschäftsleitung B,S,S., 061 262 05 55